

Lichtenstein-Gaßnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schöndorf, Mühl, Beinsdorf, Niedorf, St. Gallien, Heinrichs, Ratiens, Reudis, Ortmannsdorf, Wülzen, St. Rieles, St. Jacob, St. Michael, Stengendorf, Vilm, Niedermühle, Schöngau und Linsheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

64 Jahrgang.

Donnerstag, den 19. Februar

Haupt-Informationsergan
im Amtsgerichtsbezirk

1914

Nr. 41

Gesetzliche Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

Dieser Stadt erlaubt täglich, unter Sonn- und Feiertags, auszeitungs für den folgenden Tag. — Wochentägliches Abonnement 1 Jahr 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Jahr 75 Pf.
Wochenabonnement 10 Pf. Abonnement zwischen der Dienstzeit in Lichtenstein, Postkasse Nr. 58, alle Güterposten Postkasse, sowie die Ausländer entgegen.
Postkasse machen die Güterposten Gebühren mit 10, für zweitwärtige Reisen mit 15 Pf., bestätigt. Nachporto 30 Pf. Ein einzelner Satz kostet die zweitwärtige Seite 30 Pf.
Postkasse-Ausgabe kostet die Spalten auszeitungs 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Tageblatt

Nächsten

Freitag, den 20. Februar dieses Jahres
abends 8 Uhr

findet im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses eine
öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

statt.
Lichtenstein, am 18. Februar 1914.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Tagesordnung:

1. Richtigstellung der Stadtkassenrechnung auf das Jahr 1912.

Das Wichtigste.

* In der zweiten Sächsischen Kammer wurden am Dienstag eine Reihe von kleineren Staatsanträgen und Eisenbahnanträgen erledigt.

* Der Kaiser gestattet sich heute abend nach Karlsruhe zu begeben, um an den Beisetzungsfestlichkeiten für die verstorbene Prinzessin Wilhelm von Baden teilzunehmen.

* Der Prinz in Wien ist nach London abgereist und wird seinen Rückweg über Paris nehmen.

* Die Kommission des Reichstages hat die Anträge auf allgemeine Sonntagsruhe mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

* Der König der Belgier hat sich bei einem Sturz mit dem Pferde den linken Arm gebrochen.

* Am österreichischen Ministerrats Plenum haben am Dienstag die deutsch-tschechischen Ausgleichsvereinbarungen ihren Anfang genommen.

* Das neue schwedische Ministerium ist ernannt worden. Ministerpräsident ist v. Hammarstroed.

* Koforow, der bisherige Ministerpräsident, hat die ihm vom Zaren in Anerkennung seiner Verdienste angebotene Summe von 300000 Rubeln abgelehnt.

Französische Kritik am Bagdadbahn-Abkommen.

Noch ehe der eigentliche Inhalt des am Sonntag hier paragaphierten deutsch-französischen Abkommens über die Eisenbahnfragen in der Afrikanischen Tafel überhaupt bekanntgegeben werden ist, glaubt ein Teil der Pariser Presse und natürlich der Temps der dem jüngsten Kabinett nicht gerade wohlgesinnt ist, an der sieben erreichten Vereinbarung eine Mängel, in ihrem zweit sehr durchsichtige Kritik üben zu sollen. Ein Telegramm meldet uns:

Paris. In einem Leitartikel über das deutsch-französische Abkommen schreibt der Temps:

Die Grundlage dieses Abkommens bildet die Ausbildung Frankreichs an der Bagdadbahn, also aus dem einzigen großen transsasiatischen Schienennetz. Dieses Ergebnis bildet ein entschiedenes Dementi aller derartigen Reden, in denen die französische Minister seit 12 Jahren behauptet haben, daß Frankreich an der Lösung dieser Frage teilnehmen werde. Die französischen Unterhändler in Berlin hatten die unabdingbare Aufgabe, den für uns noch übrigbleibenden Rest halbwegs annehmbar zu gestalten. Jedenfalls bezahlen wir die von dem reichsbesetzten Tisch abgeschlossenen Kosten, die man sonst unentgeltlich erhält, jetzt teuer. Langjährige, beläugenswerte Versäume haben uns in diese Lage gebracht. Frankreich, das ausgekämpft, verringerkt und expropriert ist, kann die Schuld an diesem lästigen Ergebnis nur jenen beiseilen, die in seinem Namen gesprochen haben. Es bleibt uns allerdings der Vorteil, daß eine Streitfrage geregelt, und zwar mit Deutschland geregelt wurde. Wenn, dadurch wird die Konfliktsgefahr beseitigt. Und wie besitzen eine — glücklicherweise in der Minorität befindliche — Schule von Diplomaten, die jedes Abkommen mit Deutschland, mag

es um welchen Preis immer erlaubt sein, für einen Sieg hält. Es ist dieses dieselbe Schule, die 1911 erklärt: Geben wir Deutschland einfach den ganzen Congo, das hat keine Bedeutung. Und da wir diesesmal kein französisches Gebiet abtreten, werden unsere „Triumphatoren“ noch leichteres Spiel haben. Diese Weisheitsverfassung entspricht zweitens der der Nation, das französische Volk fühlt sich noch nicht so heruntergekommen.“

Sehr ruhiger urteilt das „Journal de Debats“, indem es schreibt: In Kleinasien seien die Rechte dunkel und unbestimmt, weil die Feste häufig verschiedenen Ländern die selben Konzessionen bewilligt habe. Es war also das Beste, sich zu verständigen. Indem wir den Deutschen eine Zone erlassen haben, sichern wir uns die unstrittige, in der sie in mehr als einem Punkte sich feststellen. Am besten wäre es also, alles in allem genommen, daß man einer bisher offen gebliebenen Tür einen Sieg vorgekehrt habe.

Der „Malois“ fragt im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Abkommen: Ist die Entschließung, die wir erhalten, im Verhältnisse zu den verlorenen Vorteilen? Darüber ist eine Selbstverständlichkeit nicht möglich. Die Konzessionen, die uns erlassen werden, haben im Vergleich zur Bagdadbahn nur unbedeutende Bedeutung. Wir haben uns die Vorteile eines Rückzuges gefertigt, den wir nicht vermeiden können, wenn unsere Diplomatie vorbildlich und taktvoll gewesen wäre. So ähnlich urteilen auch noch viele andere französische Zeitungen.

• • •

Berlin. Die französischen Preisträger über das deutsch-französische Abkommen sind wohl drastischer für die Stellung der betreffenden Blätter zur französischen Regierung. Am übrigen aber geben sie keinen Maßstab hinsichtlich der Vorteile des Abkommens für Deutschland bezüglich Frankreich. Ein Kreis der fachverständigen Interessentenkreise wird sich erst nach Veröffentlichung des Wortlautes des Abkommens bilden können. Bis dahin soll nach Beratung der beiden Regierungen der Inhalt des Abkommens geheim gehalten werden. (Vidz. 31)

Ein weiteres Telegramm aus Berlin besagt:

Am Montag zu verschiedenen französischen Kreisgruppen kommt man in Berliner diplomatischen Kreisen, daß Frankreich sich über eine Nebenvorstellung bei dem deutsch-französischen Bagdadbahn-Abkommen auf keinen Fall beklagen könne. Die beiden seitlichen Interessen seien so sorgsam abgewogen worden, daß von einer Beeinträchtigung der einen oder der anderen Seite keine Rede sein könne.

Deutsches Reich.

Dresden. (Zur Verlegung der Tierärztlichen Hochschule.) Die Finanzdeputation I der zweiten sächsischen Kammer verhandelte gestern über die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig. Ein endgültiger Beschluss wurde noch nicht gefasst, doch ergab es sich, daß die weit überwiegende Mehrheit der Deputation für die Verlegung ist. Es soll nochmals unter Hinziehung von Regierungsvorstellern verhandelt werden.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Berlin. Der Reichstag nahm gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, der Grünen, des Dänen und einer der Hälfte des Zentrums den von der Budgetkommission gebrachten Reichsbudschuß zu den Olympischen Spielen 1916 an. Dann wurde die Beratung des Justizetats fortgesetzt.

— Reichstagswahl: Bei der gestrigen Reichstagswahl in Kreise aus Südniedersachsen wurde auch Hoffmann mit 3648 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat Adalbert Zollmann erhielt 21620, der liberale Salzwedeler Ziemer 6583 Stimmen. 118 Stimmen waren ungültig.

Ein Vorstand Salzwedel für den Treverband: Nach einer aus London datierten, sechzehn Seitenlangen Meldung bat der russische Minister des Außenwesens, Salzwedel, der englischen Regierung den Vorstand gemacht, daß all die Tropentiere interrifizierenden Dragen in London zum Gegenstand vorheriger Prüfung wünscht Sir Edward Grey, dem russischen Botschafter Graf Benckendorff und dem französischen Botschafter Paul Cambon gemacht werden. Sir Edward stellte dieses Vorstands bei der Diplomatik der Tropentierwissenschaften eine enge Führungnahme und eine weitere Aktion als bisher zu ermöglichen.

— Deutschland und England. Am Unterhauses stellte Fred Hall an den ersten Lord der Admiralschaft folgende Anträge: 1) ob die Erklärung des deutschen Staatssekretärs des Reichstags vom 4. Februar des Jahres, daß von Großbritannien hinlänglich der Einschränkung im Schiffsbau noch keine positiven Vorstöße an Deutschland gemacht worden seien, daß aber solche Vorstöße, wenn sie gemacht würden, wechselseitig geprägt werden würden, die Einvernehmenheit Churchill gefunden habe; 2) ob Churchill erklären wolle, welche Art die Deutsche Flotte gemacht hätten, in welcher Form und wann sie erfolgt seien. Churchill erwiderte dann ebenfalls, daß dieser Wechsel nicht geplant für eine Distinktion in der Form von Drage und Antwort sei. Zweitens ob das öffentliche Interesse erlaubt werde, er selbst oder Sir Edward Grey die entsprechenden Mitteilungen bei der Beratung des Marinebudgets machen.

Moskau.

— Wien. Der Direktor der Buchdrucker am Montag abend hielt die liegenden Buchdrucker-Schulen eine Versammlung ab, in der der Obmann über die obachtlosen Verhandlungen reichte. Seine Ausführungen riefen große Empörung hervor. Die Majorität verbündete sichlich den Reichstagsabgeordneten Schiebold, der als Schulentrepräsentant in erster Linie die Verhandlungen mit der Universität geführt hat, zu Worte zu kommen, woran die Versammlung durch einen Reichenberg-Vertreter aufgelöst wurde. Die Majorität der Wiener Schule fordert gegen die Annahme eines neuen Tarifs zu sein und den Streit fortsetzen zu wollen, der, wie man befürchtet, dann noch einen härteren Charakter als bisher annehmen dürfte, obgleich der Streitpunkt zur Reise geht.

— Petersburg. (Antioesterreichische Rede des Grafen Bobrinski.) Am Politischen Club hielt am Montag Graf Bobrinski einen Vortrag, in welchem er